

**Zeitschrift:** Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur  
**Herausgeber:** Sozialdemokratische Partei der Schweiz  
**Band:** 81 (2003)  
**Heft:** 4

**Artikel:** Nach den Wahlen : vor den Wahlen  
**Autor:** Herczog, Andreas  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-341771>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 11.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Nach den Wahlen – vor den Wahlen

Das Ergebnis der SP in den eidgenössischen Wahlen war nicht schlecht. Gut war es allerdings auch nicht – unser Potential liegt deutlich einige Prozentwerte höher, was unseren politischen Spielraum ausdehnen würde: mehr Parlamentssitze be-

---

**Andreas Herczog**

---

wirken naturgemäß mehr Entscheidungsmacht. Die eigentlichen Höhepunkte markieren unüblicherweise die Ständeratswahlen, die aber mehrheitlich auf persönliche oder spezielle Events zurückgeführt werden können. Der SP-Zuwachs von 0.8% Anteile an Wählerinnen und Wählern im Vergleich zu den letzten Wahlen ist zwar ein Zuwachs, aber verglichen mit jenem der SVP oder jenem der GP eher als Stagnation zu benennen. Letztlich heißt dies: die SP büsst an Attraktivität ein, weil es ihr an Umsetzungskraft und Identifizierbarkeit mangelt.

## SP stagniert – GP gewinnt

Hierzu ein nicht untypisches Wahlergebnis: Im linken Zürcher Stadtkreis 5 verlor die SP 4.5% und bleibt auf nach wie vor hohem Niveau von 46,1%, die Retro-Linke um «ZüriLink» (AlternativeListe, PdA, etc.) bleiben wie vor vier Jahren bei etwa 13%; die Grünen hingegen werden zweieinhalbmal stärker und landen auf 14.5%. Das ähnliche Bild im ebenfalls linken Zürcher Stadtkreis 4: die SP verliert gering-

fügig und erzielt 43.9%, Züri-Link bleibt praktisch gleich, bei etwa 11%. Die GP verdoppelt aber ihre Stärke auf 11%. Daselbe Resultat sehen wir in der ganzen Stadt und im Kanton Zürich: die SP und die Nostalgie-Linke um die AL bleiben bei ihren Prozenten, die GP verdoppelt ihre Stimmstärke. Gletscherschmelzen und schönes Sommerwetter sind wenig hinreichende Erklärungen für diesen Vormarsch der Grünen: sie wurden für linke Wählerinnen und Wähler deutlich attraktiver und eine mögliche Alternative zur SP. Wenn es nun für die SP nicht – beliebigweise – gleichgültig ist, wer und weshalb bei der Linken gewinnt (auch wenn man die Freundschaften pflegt) – muss ein kurzer Blick zurück gewagt werden.

## Keine Abstimmungserfolge seit 1998

Wir haben seit Ende 1998 keine wesentliche nationale Abstimmung mehr gewonnen – ausser jene über den Schwangerschaftsabbruch und über den UNO-Beitritt. Immerhin sind dies seither über dreissig Vorlagen: so zum Beispiel die Verkehrshalbierungs-Initiative (21.3%), das Konstruktive Referendum (34.1%), das Bundespersonalgesetz-Referendum (33.2%), die «Ja zu Europa»-Initiative (23.2%), die Arbeitszeitverkürzungs-Initiative (25.4%), die Gesundheitsinitiative (27.1%). In der Volksabstimmung vom 18. Mai 2003 haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger in acht von

neun Fällen gegen die Parolen der SP entschieden. Die vorgängige Ablehnung des Elektrizitätsgesetzes ist kein Siegesjubel wert: es lag von Beginn weg kein Konzept vor, das die SP hätte konsensuell tragen können, was dann dazu führte, dass sich unsere Leute unnötigerweise gegenseitig mit divergierenden Positionen vorführten.

Das Fazit: wir haben zu wenig Erfolg. Noch schlimmer: wir suchen den Erfolg nicht. Wer aber keinen nachhaltigen gemeinsamen Erfolg aufzeigen kann, verliert seine Attraktivität. Gleichzeitig spriessen dann Einzelpositionen, die als SprecherInnen ihrer selbst und nicht jener der SP als Partei auftreten und dann überflüssigerweise noch den Gegner mit Vorliebe in der eigenen Partei suchen. Unter diesen Umständen entstehen auch keine zügigen Konzepte, die die erfolgsnotwendige Umsetzungskraft stärken würden.

## Wer wählt die SP?

Da Politik nach wie vor etwas mit Interessenvertretung und Machtmitbeteiligung zu tun hat, lohnt es sich zu fragen, wer eigentlich aktuell die SP wählt und wer sie künftig zusätzlich noch wählen könnte.

Annäherungsweise sind dies folgende vier Gruppen:

1. Nach wie vor traditionell orientierte Angestellte und ArbeitnehmerInnen, die sich nicht zu den Modernisierungsverlierern zählen. Sie sind vorrangig interessiert an sicheren Arbeitsplätzen, Einkommen und stabilen Verhältnissen. Sie haben ein ausgeprägtes Gespür für soziale Gerechtigkeit. Sie sind für SP-Reform-Konzepte unverzichtbar.
2. ArbeitnehmerInnen in neuen Berufen, neue Selbständige (etwa in der Informatik und Dienstleistungsbranche), BewohnerInnen der Agglomerationen,

AufsteigerInnen. Sie orientieren sich an Leistung und Wirtschaftswachstum. Sie sind gleichzeitig für Hedonismus und kritische Verantwortung. Sie sind offen für neue Technologien und für Kultur. Parteipolitisch sind diese Leute nicht zum vornherein festgelegt. Ihr Interesse gilt den sachlichen Lösungen, die sowohl den wirtschaftlichen Fortschritt und die technischen Innovationen, als auch die soziale Verantwortung und angemessene ökologische Vorschläge einschliessen.

3. Post-Materialisten, vorwiegend aus gehobenen sozialen, pädagogischen und kulturellen Berufen, besser verdienende AkademikerInnen, Führungskräfte. Ihr Interesse gilt realistischen aber kompromisslosen ökologischen Positionen. Sie sind für kulturelle Toleranz, für Freiheitswerte, faire Chancengleichheit und Integration aller Gruppen.
4. NeuwählerInnen und natürlich Frauen. Ihr Interesse gilt der Gleichberechtigung in Ausbildung, Familie und Beruf. Gleichzeitig möchten sie eine gute Ausbildung und gesicherte Lehrstellen.

Diese Gruppen haben objektiv nicht deckungsgleiche Interessen. Somit erübrigt sich sofort jene Diskussion, die die SP als Vertreterin lediglich einer der aufgezählten Gruppen sehen möchte, sei dies als Fahnenträgerin der «schicken Linken» oder als jene von spezifisch gewerkschaftlichen Forderungen. Die Wahrnehmung der gesamten SP-Wählerschaft heisst weder rein sektorelle noch opportunistische Interessendurchsetzung.

Lieber erarbeiten wir ein eigenes politisches Projekt – nach allen Regeln der Kunst – anstatt wiedermal eine chancenlose Initiative einer zweifelsfrei sympathischen Gruppierung mit einer Parole zu unterstützen – um nachher mehr oder weniger heldenhaft unterzugehen.

## Fazit:

**Wir haben zu**

**wenig Erfolg.**

**Noch schlimmer:**

**wir suchen**

**den Erfolg nicht.**

## Mögliche Themen der Identifikation

Wenn wir nun die Schnittmengen der aufgeführten Interessen ausloten, sollten wir mittelfristig, aber spätestens bis zu den nächsten Wahlen, mit folgenden Themen identifizierbar sein:

### 1. Nachhaltiges Wirtschaftswachstum.

Hierzu braucht es unter anderem eine aktive Konjunkturpolitik des Staates und eine Niedrigzinspolitik der Nationalbank. Es braucht eine antirezessive und beschäftigungsorientierte Budgetpolitik, sowie faire Steuern, die nicht in erster Linie nur auf die Umsiedlung ausländischer Firmen schielt. Hinzu gehört eine innovative Technologiepolitik. Zudem braucht es einen Wettbewerb, der jene Kartelle sprengen kann, die uns bis zu 30% höhere Preise bescheren als in den EU-Ländern. Oder wie etwa Werner Vontobel im «Sonntags Blick» (16.11.03) dem UBS-Chef Peter Wuffli entgegenhält, der seine eigenen Wachstumsrezepte in der NZZ (11.11.03) darlegte, dass gerade die Banken wegen fehlendem Wettbewerb Milliarden an mehr Geld einnahmen, als sie an Lohn und Investitionen in den Kreislauf zurückgaben. So wollen wir auch eine nachhaltige Stärkung der Binnennachfrage.

2. EU-Beitritt. Typischerweise fiel dieses Thema vor den Wahlen den Linken derart durch die Maschen, dass dazu praktisch kein Wort gefallen war. Nicht zuletzt die Erweiterung der Gemeinschaft auf 25 Länder durch Staaten der «Östlichkeit», wie der ungarische Autor István Eörsi sie bezeichnet, verweist auf das (globale) Nord-Süd-Gefälle, das europäisch um neunzig Grad auf West-Ost gedreht wird. Eörsi charakterisiert die «Östlichkeit» derart, dass aktuell ein gnadenloser Wildwest-Kapitalismus gepaart sei mit einem – durch den früheren (heuchlerischen) Egalitarismus geschulten – Instinkt für Chancengleichheit. Zumindest diese heisse Mischung

ist in unserem coolen und satten Abseitsstehen schon einen Diskurs wert. Unverändert gelten die Vorteile der EU-Zugehörigkeit, die uns innenpolitisch soziale Reformen ermöglicht und zu einem Wirtschaftswachstum beihilft (Österreich wird etwa seinen Brenner-tunnel zu 30% von der EU finanzieren lassen können). Umgekehrt müssen wir den Leuten erklären, weshalb und wo zu eine Verdoppelung der Mehrwertsteuer gut sein soll und wie wir etwa das Dumping polnischer Lastwagenfahrer zuungunsten der Bahnen vermeiden können. Auf alle Fälle ist der schleichende autonome Nachvollzug diverser EU-Richtlinien abseits aller politischer Mitbeteiligung längerfristig nicht mehr begründbar.

3. Zahlbare Gesundheit. In der Schweiz gibt es eine Mehrheit für eine neue Finanzierung der Krankenkassen, die wegführt von den unsozialen Kopfprämien. Allerdings muss dieses Projekt derart mehrheitsfähig formuliert werden, dass das Bündnis über GP, PdA und EVP hinausreicht und nicht – wie die Gesundheitsinitiative der SP – mit bedauernswerten 23% Ja-Stimmen zum Crash gefahren wird.

4. Verlagerung des Strassenverkehrs. Hier hat die SP bekanntlich gute Vorbereitung geleistet. Nun muss die Verlagerung von der Strasse auf die Schiene tatsächlich abgesichert und ausgebaut werden. Dies heisst auch die zeitgerechte Realisierung der NEAT, womit man allen jenen entgegentreten muss, die heute einerseits die zweite Autobahn-Röhre am Gotthard herbeiwünschen und gleichzeitig bewusst versuchen, das NEAT-Projekt – und den ganzen Ausbau des öffentlichen Verkehrs – in den unvergleichbaren Topf der Expo-Finanzierung zu werfen.

5. Bildung, Ausbildung und Forschung im Interesse der Jugend und der konkurrenzfähigen Wirtschaft. Im Gegensatz zu seinem Kollegen Wuffli, sieht der

**Der schleichende  
Nachvollzug  
dieser EU-Richt-  
linien abseits aller  
politischer  
Mitbeteiligung  
ist längerfristig  
nicht mehr  
begründbar.**

Schweizer IBM-Manager Peter Quadri – auf der erwähnten NZZ-Seite – dass «ein starkes staatliches Bildungssystem, das Chancengleichheit für alle gewährleistet» für die Schweiz am nützlichsten ist. Benchmarking und lineare unreflektierte Sparpakete (auf allen politischen Stufen) sind keine zukunftsgerichteten Rezepte, sie gefährden sowohl das notwendige Reformpotential als auch bereits funktionierende Einrichtungen.

Selbstverständlich gehören zu den Schlüsselthemen die für alle nachvollziehbare und real gesicherte *Altersvorsorge*, sowie der Strukturwandel und die Effizienzsteigerung für staatliche Leistungen, die das beste Rezept gegen die Privatisierung des *service public* bieten; hier sollte im Steinbruch unserer Energiepolitik sukzessive aufgeräumt und in der nationalen Luftfahrtpolitik der Weg von Jacqueline Fehr's Postulat beschritten werden.

Ich möchte hier keinesfalls eine irgendwie geartete Legislaturprogrammatik entwerfen, auch gibt es in unserer Fraktion hierzu durchaus berufener Leute. Aller-

dings wollte ich den – inhaltlichen – Weg etwas markieren, der zu den Attributen der Attraktivität und Identifizierbarkeit führen könnte. Die Frage ist dann, wie kommen wir von einem guten Konzept zur erfolgreichen Volksabstimmung. Wenn der Willen zum Erfolg wieder mehrheitlich einkehren wird, braucht es dann (nur) noch das politische Handwerk der Umsetzung, das doch etliche Mitglieder der Fraktion beherrschen.

### **Und zum Schluss noch dies**

Allein reichen heute zur Setzung der eigenen politischen Agenda und des Tempos, sowie zur Erarbeitung von brauchbaren Konzepten, Marketing und Public Relations nicht aus. Da nur wenige in der Lage sind, sich die schlausten Dinge aus den Fingern zu saugen, wäre hier die Frage nach neuen Methoden und einer neuen Professionalisierung nicht unnütz.

Andreas Herczog war von 1979–1999 im Nationalrat, lebt heute als Architekt in Zürich.